Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. – Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 20. | Freitag, den 24. Januar 1919. | 17. Jahrgang

Die Verfassung des Volksstaates Deutschland.

2. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

In die künftige Reichsverfassung sind die Bestimmungen der einzelstaatlichen Verfassungen über Rechtsgleichheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, das Recht der freien Meinungsäußerung, Verein- und Versammlungsrecht u. a. m. im wesentlichen unverändert übernommen. Nach § 22 Abs. 2 darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise beschränkt werden. Nach § 26 ist das Eigentum unverletzlich. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Zur Vermehrung der Volksernährung und Volkskraft wird umfassende Innensiedelung, Aufteilung des unwirtschaftlich genutzten Großgrundbesitzes und Schutz des Mittel- und Kleingrundbesitzes angeordnet. Den fremdsprachlichen Volksteilen wird der Gebrauch ihrer Muttersprache in weitestem Umfange zugesichert.

3. Volkshaus und Staatenhaus.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhaus. Das Volkshaus geht aus den allgemeinen deutschen Wahlen, das Staatenhaus aus den Landtagen der deutschen Freistaaten hervor. Dem Volkshaus würden etwa 400 bis 500, dem Staatenhaus etwa 70 Abgeordnete (je einer auf eine Million) — unter Berücksichtigung der Gebietsverluste und Einrechnung von 10 Millionen Deutsch-Oesterreichern — angehören. Beide Häuser des Reichstages, der sich jedes Jahr mindestens einmal am Sitze der Reichsregierung versammelt und im übrigen vom Reichspräsidenten (4. Abschnitt) berufen werden muß, wenn es mindestens ein Drittel der Mitglieder des Volkshauses oder des Staatenhauses verlangen, haben eine dreijährige Wahlperiode.

Zu einem Beschluß des Volkshauses sowohl wie des Staatenhauses ist die Teilnahme von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit, bei Verfassungsänderungen wenigstens zwei Drittel der Mitglieder und Zweidrittelmehrheit, erforderlich. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser zustande kommen.

Auf dem Wege über das Staatenhaus, dessen Mitglieder von den Landtagen der deutschen Freistaaten aus der Mitte der Staatsangehörigen nach Maßgabe des Landesrechts gewählt werden, sollen die Bevölkerungen der einzelnen Freistaaten bei der ihr Eigenleben stark beeinflussenden Reichsgesetzgebung zur Geltung kommen. Deshalb stellt der Entwurf an die Seite der Vertretung des gesamten Volkes im Volkshaus die Vertretung der einzelstaatlichen Vertretungen im Staatenhaus.

4. Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

Im Wege der Volksabstimmung wird ein republikanisches Staatsoberhaupt, ein Reichspräsident, bestellt, der seinerseits die Reichsregierung ernennt. Dadurch, daß der Reichspräsident unmittelbar vom Volke gewählt wird (nicht vom Reichstag!), erhält er in der parlamentarischen Demokratie, die das Deutschland der Zukunft sein wird, die ebenbürtige Stellung neben der vom Volke unmittelbar gewählten Volksvertretung. Für Wahl und Wiederwahl (Amtszeit 7 Jahre) ist der Präsident vom Parlament unabhängig. Der Reichspräsident ernennt den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister, die nicht Mitglieder des Parlaments zu sein brauchen. Für sämtliche Regierungsfunktionen ist der Reichspräsident an die verantwortliche Mitwirkung der Reichsminister gebunden. Diese bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses. Jeder von ihnen, auch der Reichskanzler, muß zurücktreten, wenn die Mehrheit des Volkshauses ihnen das Vertrauen versagt. Der Reichspräsident selbst kann vor Ablauf seiner Amtszeit auf Antrag des Reichstages, für den Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als Wiederwahl.

Reichspolitik und Reichsgesetze.

Zur Entscheidung über sonst nicht auszugleichende politische Konflikte ist der Präsident befugt, durch Auflösung des Reichstages Berufung von der Volksvertretung an das Volk selbst einzulegen. Können sich die beiden Häuser des Reichstages über eine Gesetzesvorlage nicht einigen, so kann der Präsident, ohne Auflösung des Parlaments, die Gesetzesfrage allein der Volksabstimmung im Wege des Referendums unterbreiten.

Verantwortlicher Reichsminister.

Die politische Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten ist gegeben durch das Recht des Reichstages, die Absetzung des Reichspräsidenten, durch Volksabstimmung zu beantragen. Die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Reichsminister ist dadurch gegeben, daß jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihnen die Mehrheit des Volkshauses durch ausdrücklichen Beschluß das Vertrauen verweigert. Die rechtliche Verantwortlichkeit ist dadurch gegeben, daß Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages — für einen dahingehenden Antrag sind im Volkshaus mindestens 100, im Staatenhaus mindestens 25 Stimmen erforderlich — vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden können.

Einzel-Entwürfe.

Außer dem vorstehend behandelten allgemeinen Teil der künftigen Reichsverfassung werden der Nationalversammlung zugehen: Ein Hinweis auf die künftige Wehrverfassung, Entwürfe über Verkehrswesen (Eisenbahnen, Post und Binnenschiffahrt), Zoll- und Handelswesen, Reichsfinanzen, Rechtspflege, Uebergangsbestimmungen.

Rußland und wir.

a. Die zimmerwaldistischen Bestrebungen trieben den Weltkrieg zur Weltrevolution. Am Ende der Revolution soll der Sieg des Sozialismus stehen, dem auch der eigene kapitalistische Staat geopfert wird, weil nur über seine Leiche die internationale Klassensolidarität zum Siege geführt werden kann. Rußland hat diese Absichten fast restlos in die Wirklichkeit umgesetzt. Doch haben wir auch in Deutschland schon ganz beachtliche Fortschritte gemacht. Es ist höchste Zeit, jetzt ganz energisch zu bremsen, sonst stehen wir in Kürze auf gleicher Stufe wie Rußland. Der bisherige Gang der Revolution hier wie dort und unsere Ansätze zur weiteren Fortführung geben Grund genug zu dieser Befürchtung!

In Rußland wurde noch während des Krieges seine Beendigung durch die politisch-soziale Revolution angestrebt, getreu der Ueberzeugung, daß die Klassensolidarität, die international die Grenzen der Nationen überspringt, höher steht als die nationale Solidarität, die im Innern die Klassensolidarität überwindet. So kam die März-Revolution 1917, die als Vorstufe und Einleitung zur sozialen Revolution gedacht war. Vier Monate lang versuchte Kerenski die russische Revolution mit dem nationalen Gedanken zu beseelen — er verkörperte den nationalen Sozialismus. Hätte er weniger Reden gehalten, wäre ihm dieser Versuch vielleicht geglückt, es hätte die Rettung Rußlands im letzten Augenblick bedeutet!

Unter Lenin setzte eine verstärkte Propaganda von sozialistischen Schlagworten ein, die sich bewußt auf die Gefühle der Unterdrückten und nicht an den Verstand des Aufstrebenden richteten. Die Klassenunterschiede wurden verschärft. Güter sollten an das Volk verteilt, Betriebe und Banken nationalisiert und große Vermögen konfisziert werden! Eine weitere Folge ist die, daß die Diktatur des Proletariats zugleich die neue sozialistische Staatsform ist. Was unter diesem Regime aus Rußland geworden ist, bedarf keiner weiteren Erörterung mehr.

Und Deutschland? Es hat wohl seinen Krieg zu Ende geführt, aber bei Beginn der Revolution haben wir ja gehört, daß es tatsächlich auch bei uns schamlose Elemente genug gegeben hat, die planmäßig die Zersetzung in die Armee hineingetragen haben. Verdienst der deutschen Mehrheitssozialisten ist es, daß sie sich an diesem Landesverrat nicht beteiligt hat. Sie hatte während des Krieges einen zweifachen Feind zu bekämpfen: den äußeren und den inneren. Dann kam bei uns die Revolution und schien dem unglücklichen Deutschland den Himmel auf Erden bereiten zu wollen. Als das nicht rasch genug ging, nützte Spartakus die Lage aus und machte bis zum 11. Januar 1919 der Regierung das Leben herzlich schwer, denn nichts ist leichter, als in Leuten, denen der Mund schon wäßrig ist nach erhöhten Löhnen, nach verkürzter Arbeitszeit, nach den Früchten sofortiger Sozialisierung, den Mißmut und die Unzufriedenheit zum Siedepunkt zu bringen, zumal wenn sie nicht genügend beschäftigt sind. Zum Glück für Deutschland hat die Regierung noch so vielen nationalen Rückhalt gehabt, um sich des deutschen Lenins und seiner Konsorten für diesmal zu erwehren.

Das ist die wichtigste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Nationalisierung der Banken und Betriebe kann nur dem Staate zugute kommen, nicht einzelnen Liebknechtianern! Sie stellt derartige Eingriffe in unser schon an und für sich gesunkenes Wirtschaftsleben dar, daß sie reichlich überlegt werden muß und nicht voreilig und willkürlich vorgenommen werden kann. Der Arbeiter hat augenblicklich die ehrenvolle Aufgabe, nur seine Pflicht zu tun und zu arbeiten, damit die Arbeitsleistung bald wieder eine erträgliche Höhe einnimmt. Fälle wie der, daß in einer Lokomotivfabrik, die vor der Revolution etwa jeden Tag eine Lokomotive fertigstellte, im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive fertiggestellt worden ist, dürfen nicht mehr vorkommen, sonst gehen wir russischen Zuständen entgegen, auch wenn wir zehnmal alle Betriebe sozialisieren! Den Vorteil in der persönlichen Lebenslage wird der deutsche Arbeiter nur auf diesem Wege finden!

Nur derjenige Stimmzettel,

an dessen Spitze

Professor Kähler, Greifswald

steht, ist derjenige der

Deutschnationalen Volkspartei

Jeden anderen Zettel weise am Sonntag zurück.

Das zweite Gesicht der Sozialdemokratie.

Von Prof. Dr. Paul Eltzbacher.

Ein sehr wesentlicher Zug des Programms der Sozialdemokratie ist der Gedanke, daß die Produktionsmittel, vor allem die Bergwerke, Hütten und Fabriken, allmählich der Sozialisierung, der Verstaatlichung, anheimfallen sollen. Das bedeutet eine außerordentliche Steigerung der Aufgaben des Staates. Auch heute ist der Staat schon Unternehmer, das Reich vor allem bei der Post, der preußische Staat bei den Eisenbahnen. Aber diese Tätigkeit ist bescheiden im Vergleich mit den ungeheuren wirtschaftlichen Aufgaben, die die Sozialdemokratie dem Staate übertragen will.

Danach könnte man glauben, daß die Verwirklichung der sozialistischen Gedanken auf eine außerordentliche Steigerung der Staatsmacht hinausliefe. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Sozialdemokratie neigt zur Schwächung der Staatsmacht. Sie will kein stehendes Heer, besonders auch deshalb, weil dieses dazu verwendet werden könnte, den widerspenstigen Einzelnen dem Staatswillen gefügig zu machen. Die Abschaffung der Todesstrafe erscheint ihr so wichtig, daß diese Forderung sogar Aufnahme in ihr Erfurter Programm gefunden hat. Steuern sollen nur dann erhoben werden dürfen, wenn sie in jedem Jahre von der Volksvertretung von neuem bewilligt worden sind; auch das schwächt die Staatsgewalt. Alle Beamten sollen unmittelbar durch das Volk gewählt werden, daraus ergibt sich eine Abhängigkeit, die gleichfalls eine kraftvolle Führung der Staatsgeschäfte hindern muß.

So hat die Sozialdemokratie zwei Gesichter. Das eine, das sozialistische, ist allgemein bekannt: die Staatsaufgaben sollen außerordentlich erweitert werden, indem der größte Teil des Wirtschaftslebens in sie einbezogen wird.

Das zweite Gesicht der Sozialdemokratie, das demokratische, wird weniger beachtet: die Führung der Staatsgeschäfte soll in weitestgehendem Maße vom Belieben jedes einzelnen Staatsbürgers abhängig gemacht, die Macht des Staates über seine Angehörigen soll nach Möglichkeit verringert werden. Bisher fürchtete man von der Sozialdemokratie meistens nur für die wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen. Man darf aber niemals vergessen, daß sie zugleich auch eine große Gefahr für die Autorität des Staates ist.

Das haben wir erst seit Ausbruch der Revolution wirklich enknen gelernt. Die sozialdemokratische Reichsleitung hat die Zuchtlosigkeit, die im Heere eingerissen ist, geduldet und begünstigt. Der Arbeitsscheu suchte man durch redselige Maueranschläge entgegenzuwirken, förderte sie aber zugleich durch übertriebene Unterstützung der Arbeitslosen. Mit den aufrüherischen Matrosen, die sich im Dezember in Schloß und Marstall eingenistet hatten, schloß die Regierung einen „Vertrag", und sie schämte sich nicht einmal, dies der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Als jetzt Liebknecht, Ledebour und Eichhorn mit ihrem Gefolge von politischen Phantasten, Einbrechern und Zuhältern die Berliner Presse knebelten, den Verkehr lähmten und im Polizeipräsidium regierten, verhandelte man erst eine Woche, bevor man sich zu tatkräftigem Vorgehen entschloß; und dann behandelte man diese Bande von Aufrührern und Verbrechern als kriegführende Macht und gewährte z. B. dem Gesindel, das das Gebäude des Vorwärts besetzt hielt und die benachbarten Läden ausräuberte, einen „Waffenstillstand".

Das geringe Verständnis der Sozialdemokratie für die Notwendigkeit, daß eine Regierung stark sein und daß der Einzelne sich ihren Anordnungen fügen muß, ist durchaus begreiflich. Die Sozialdemokratie hat die Hand der Staatsgewalt früher oft zu fühlen bekommen, und davon ist bei ihr wohl eine gewisse Abneigung gegen den kräftigen Gebrauch der staatlichen Machtmittel zurückgeblieben. Das aber ist unheilvoll gerade in der gegenwärtigen Zeit für unser gesamtes Staatsleben.

Der Wahlerfolg der Deutschnationalen Volkspartei in Pommern.

Das amtliche Wahlergebnis der Provinz Pommern zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung stellt sich wie folgt:

Mehrheitssozialisten (5 Mandate)	327 849	Stimmen
Deutschnationale Volkspartei (3 Mandate)	187 697	"
Deutsche Demokratische Partei (2 Mandate)	175 563	"
Deutsche Volkspartei (1 Mandat)	88 952	"
Unabhängige Sozialisten (kein Mandat)	14 530	"
Christliche Volkspartei (Zentrum — kein Mandat)	4 700	"
Polen (kein Mandat)	480	"
zusammen	799 775	Stimmen

Hiernach sind gewählt:

Vom Wahlvorschlag Malkewitz der Deutschnationalen Volkspartei
Zeitungsverleger Gustav Malkewitz, Stettin,
Bauernhofbesitzer Willy Jandrey, Klein-Raddow und
Fräulein Margarete Behm, Berlin-Zehlendorf.

Vom Wahlvorschlag Mittelmann der Deutschen Volkspartei
Dr. Fritz Mittelmann-Stettin.

Vom Wahlvorschlag Gothein der Deutschen Demokratischen Partei
Bergrat Georg Gothein-Breslau,
Justizrat Lippmann-Stettin.

Vom Wahlvorschlag Körsten der Mehrheitssozialisten
Gewerkschaftssekretär Körsten-Berlin,
Verbandsvorsitzender Winnig-Hamburg,
Lagerist Kunze Stettin,
Schriftsteller Simon Katzenstein-Charlottenburg,
Frau Else Höfs-Stettin.

Dieses Ergebnis wird ohne Zweifel bei unseren Lesern und Parteifreunden große Freude hervorrufen, denn nach dieser amtlichen Nachricht hat von allen bürgerlichen Parteien die Deutschnationale Volkspartei am besten abgeschnitten, sie hat 187 697 Stimmen erhalten, während die Deutsche Demokratische Partei es nur auf 175 563 Stimmen gebracht hat. Es ist den Demokraten also nicht einmal gelungen, die ersten drei Kandidaten ihrer Liste durchzubringen, während die Deutschnationale Volkspartei sogar für ihre Kandidatin Fräulein Margarete Behm einen Sitz gewonnen hat, was nicht nur als ein Ereignis allerersten Ranges für die Partei, sondern auch als eine Genugtuung für die um ihre Fahne sich gescharten Frauen bezeichnet werden muß. Wenn auch die Sozialdemokratie bedauerlicherweise mit fünf Sitzen aus der Wahl hervorgegangen ist, so bleibt doch das pommersche Wahlergebnis hocherfreulich, und zwar um so mehr, als die Unabhängigen Sozialisten eine vollständige Niederlage erlitten haben. Hoffentlich wird das Ergebnis der Wahlen zur preußischen Landesversammlung dem zur Nationalversammlung nicht nachstehen, und wenn jeder Wähler am kommenden Sonntag sein Wahlrecht nach Pflicht und Gewissen ausübt und sich nicht von den demokratischen oder gar sozialdemokratischen Volksbeglückern betören und einfangen läßt, dann wird der Sieg für die Deutschnationale Volkspartei nicht ausbleiben.

Nichtamtliches Wahlergebnis.

Berlin, 22. Januar. Das Endresultat aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten die **Deutschnationale Volkspartei** 34, die Christliche Volkspartei 88, die Deutsche Volkspartei 23, die Deutsche demokratische Partei 77, die Sozialdemokratische Partei 164 und die Unabhängige sozialdemokratische Partei 24 Sitze. Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus vier Welfen, einem Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokraten, vier bayerischen Bauernbündlern und zwei Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Berlin, 22. Januar. Mit den Wahlergebnissen aus der Pfalz liegen nunmehr die Ergebnisse aus sämtlichen 37 Wahlkreisen vor, in denen überhaupt gewählt wurde. Die Wahlstatistiken weisen verschiedene Unklarheiten auf. Immerhin steht fest, daß eine sozialdemokratische Mehrheit auch dann unmöglich ist, wenn die vier bayerischen Bauernbündler zur Sozialdemokratie hinzurechnen.

Rundschau.

Das Befinden des Kaiserpaares.

Amsterdam, 21. Januar. Die „Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Amerongen, daß der deutsche Kaiser und seine Gemahlin jetzt soweit wiederhergestellt sind, daß sie ihre frühere Lebensweise wieder aufnehmen können. — Die Kaiserin Auguste Viktoria hat zwölftausend Mark für die Berliner Armen der Armendirektion Berlin überweisen lassen.

Das Programm der Nationalversammlung.

Berlin, 22. Januar. In Regierungskreisen ist man folgender Auffassung über das voraussichtliche Programm der deutschen Nationalversammlung: Zunächst hat die Nationalversammlung die neue provisorische Regierung zu bilden und die neue Reichsverfassung zu beraten. Auf diese Beratungen, denen zunächst der Entwurf des Reichsamtes des Innern zugrunde liegen wird, rechnet man 2—3 Monate. Die zweite Hauptarbeit der Nationalversammlung wird dann vermutlich die Beratung der Friedensverträge bilden, die aber voraussichtlich erst im Sommer beginnen dürfte. Als weiterer Punkt für das Programm der Nationalversammlung ist die Durchberatung der nötigen Steuer- und Finanzgesetze in Aussicht genommen, wobei sie sich wahrscheinlich mit Notgesetzen zu behelfen haben dürfte. Man kann wohl annehmen, daß dieser Punkt des Programms im Frühjahre seine Erledigung finden wird, soweit nicht etwa der Inhalt von Steuergesetzen noch von den Friedensbedingungen abhängig gemacht werden sollte.

Die preußische Nationalversammlung soll nach der bisherigen Auffassung der Regierung ihre eigentlichen Arbeiten erst beginnen, wenn die deutsche Nationalversammlung die neue Reichsverfassung durchberaten hat.

Nationalversammlung und Friede.

Genf, 21. Januar. „Homme libre" schreibt zu den deutschen Wahlen: Wenn die Nationalversammlung bis Anfang März zusammentritt, kann mit dem Friedensschluß bis 1. April gerechnet werden. Frankreich besteht auf vollen Schadenersatz, es wird aber nicht darüber hinausgehen. Die Wahlen zur Nationalversammlung beweisen die endgültige Abwendung Deutschlands von der imperialistischen Politik seiner früheren Machthaber, was wir begrüßen.

Weimar und Berlin.

Berlin, 22. Januar. Die Dauer der Nationalversammlung in Weimar wird auf zwei Monate angenommen. Die preußische Nationalversammlung wird voraussichtlich erst dann zusammentreten, wenn die Nationalversammlung in Weimar ihre Arbeiten abgeschlossen haben wird.

In Weimar wird die Nationalversammlung im dortigen neuerbauten Theater tagen; entsprechende innenbauliche Maßnahmen werden, wie es heißt, bereits getroffen. Desgleichen soll ein Wohnungsnachweis für die Abgeordneten, Regierungsvertreter, Pressevertreter eingerichtet werden. Man rechnet, daß die Konstituante 2 bis 3000 Personen im Amt oder Auftrag nach der thüringischen Ex-Residenz führen wird. Die Berliner Presse, einschließlich des „Vorwärts", erhebt allerschärfste Kritik an dem Beschluß der Volksbeauftragten. Es wird seitens der provisorischen Regierung gesagt, daß die preußische Nationalversammlung bestimmt in Berlin tagen wird.

Beschleunigter Friedensschluß?

Amsterdam, 22. Januar. Nach einer hierher gelangten Meldung aus Paris ist der Kammerausschuß für Auswärtiges für den 1. März einberufen worden, um zu dieser Zeit die Grundzüge des Friedensvertrages zur Kenntnis zu nehmen. Clemenceaus Organ, „Homme Libre", schreibt dazu: Wir sind entschlossen, im Monat März zum Frieden zu kommen, damit der Frühjahrsanbau des französischen Bodens durch die zurückkehrenden Krieger sichergestellt werden kann.

Wahrscheinlich würden die französischen „Krieger" auch kaum länger warten; wahrscheinlich kehren sie schon früher — und ohne den Friedensschluß abzuwarten — nach Hause zurück.

Wichtige Unterredungen Wilsons über den Völkerbund.

Amsterdam, 22. Januar. Wie aus Paris gemeldet wird, hatte am Montag Präsident Wilson eine lange Unterredung mit Leon Bourgeois dem bekannten Vertreter der Völkerbundidee in Frankreich, mit Lord Robert Cecil und dem englischen General Smuts. Wie verlautet, wurden Fragen über die Errichtung des Völkerbundes besprochen. Es sollen wichtige Beschlüsse gefaßt worden sein.

Anrechnung der in Deutschland durch die Entente angerichteten Kriegszerstörungen.

Haag, 22. Januar. Nach einer Meldung des „Echo de Paris" ist von der Waffenstillstandskommission in Trier die Anregung ausgegangen, die in den deutschen Gebieten angerichteten Zerstörungen durch die Alliierten, einschließlich Rußlands, bei Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Schadenersatzsumme anzurechnen. Am Freitag soll die Alliiertenkonferenz über diese Frage Beschluß fassen.

Forderungen kleinerer Entente-Staaten.

Bern, 21. Januar. „Temps" veröffentlicht eine große Anzahl von Erklärungen größerer, mittlerer und kleinerer Entente-Staaten über ihre Forderungen auf der Friedenskonferenz. Der litauische Unterstaatssekretär Rosenbaum setzt die Grenze Litauens folgendermaßen fest: Die alten russischen Gouvernements Kowno, Wilna, Rowno, Mohilew, Witebsk, ein Teil des Gouvernements Suwalki, ferner von Ostpreußen Memel, Tilsit und Gumbinnen. — In einem neuen Interview begründet Venizelos die Ansprüche Griechenlands auf Thrazien und Konstantinopel, das griechisch werden müsse, sofern es nicht internationalisiert werde, auf keinen Fall aber türkisch bleiben könne. Venizelos fordert ferner Brussa und Aigin in Asien, ferner die kleinasiatischen und Aegäischen Inseln. — Als chinesische Forderung nennt das in Paris erscheinende „Echo de Chine" die Rückgabe der Gebiete von Kiautschou und Tsingtaus, Verlängerung des Vertrages von Wai-Hai-Wai und Prüfung der Frage der Oeffnung der Mongolei und Tibets für den Handel.

Hindenburg geht nach dem Osten.

Berlin, 22. Januar. Schon dieser Tage wurde gemeldet, daß das Hauptquartier nach dem Osten, und zwar nach Breslau oder Königsberg, verlegt werde. Jetzt soll es endgültig feststehen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. In Pommern, Ostpreußen und in Westpreußen sind freiwillige Volkswehren im Entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

Es ist also zu erwarten, daß der Heimatschutz Ost endlich festere Gestalt gewinnt.

Das Hauptquartier in Pommern.

Berlin, 22. Januar. Wie es heißt, wird das Große Hauptquartier bereits am 24. Januar nach Kolberg verlegt. Zwei Armeeoberkommandos werden den Schutz der Ostmarken übernehmen. Das Armeeoberkommando-Nord in Königsberg, das demnächst in eine kleinere Nachbarstadt verlegt werden dürfte, und das A.-O.-K. Breslau, das nach Sagan verlegt wird. Oberbefehlshaber im Norden ist General der Infanterie Otto von Below, sein Generalstabschef General der Infanterie von Seeckt; im Süden Generalfeldmarschall der Infanterie von Loßberg. Im nördlichen A.-O.-K. wird das zehnte Armeeoberkommando von Falkenhayn unterstellt, das bisher in Wilna und jetzt in Grodno ist.

Keine Aufhebung der Blockade.

Berlin, 22. Januar. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über Aufhebung der Blockierung unzutreffend. Es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen unter anderem an Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, und die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Das Gnadenbrot der Entente.

Basel, 22. Januar. Der Vorsitzende der Lebensmittelkommission für Deutschland und das frühere Oesterreich-Ungarn fordert zu freiwilligen Liebesgaben auf. Im Senatsausschuß und in der Presse zeigt sich hiergegen eine zunehmende Opposition.

Deutsche Frau!

auf zur Preußenwahl!

nur Deutschnational!

500 000 Opfer der Hungerblockade.

Berlin, 21. Januar. Die Wirkung der Blockade auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis zum Herbst 1918, ist inzwischen genau festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen worden. Es hat sich das erschreckende Resultat ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle allein auf die Lebensmittelschwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen worden; die Endsumme ist eher zu klein als zu groß.

Es handelt sich bei diesen Opfern der Blockade besonders um schwache Frauen, alte Personen und Kinder, kurzum Leute, die nach ihrem Zustand die robuste und mangelhafte Ersatzernährung besonders schlecht ertrugen. Nur Angehörige der Zivilbevölkerung sind gezählt worden.

Die genauen Feststellungen sollen mit dem gesamten benutzten Material ausführlich veröffentlicht werden, um zu belegen, daß es sich nicht um eine falsche Propaganda, sondern um eine strenge wirtschaftliche Untersuchung handelt. Die Untersuchung geht von den Sterblichkeitstabellen vor und während des Krieges aus. Alle auf Epidemien wie Ruhr und Grippe und alle auf andere Ursachen zurückzuführenden Sterblichkeitsfälle sind in Abzug gebracht worden.

Die indirekten Folgen der mangelhaften Ernährung, die sich noch in den erhöhten Sterblichkeitsziffern der nächsten Jahre deutlich zeigen wird, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

Herr Wilson aber hat für die deutsche Not nur schöne Worte. Wann endlich werden wir die ersten amerikanischen Lebensmittel zu sehen bekommen?

Die vorläufige Neuregelung der Kommandogewalt.

Berlin, 21. Januar. Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegsministerium durch einen Erlaß im Armee-Verordnungsblatt die Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer vorläufig geregelt, ferner über Bekleidung und Anzug sowie über den militärischen Gruß im Friedensheer vorläufige Bestimmungen getroffen. Die Oberste Kommandogewalt hält der vom Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gewählte Rat der Volksbeauftragten inne. Die Ausübung der Kommandogewalt ist dem preußischen Kriegsminister übertragen, der für die Art der Kommandoführung dem Rat der Volksbeauftragten verantwortlich ist. Seinen Verfügungen und Anordnungen, die vom Unterstaatssekretär gegenzuzeichnen sind, haben alle Heeresangehörigen des preußischen Kontingents Folge zu leisten. Bei den Generalkommandos und anderen Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer in der Richtung, daß die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen. An der Wahl der Soldatenräte beteiligen sich grundsätzlich alle Angehörigen der betreffenden Formationen. Die Soldatenräte sind befugt, sich in Angelegenheiten zu mischen, die anderen militärischen Dienststellen oder der Zivilverwaltung obliegen. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten. Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offizierstellen gewählt werden. Jedem Heeresangehörigen steht der Weg zur Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat offen. Die bisherigen als Rang- und Gradabzeichen dienenden Achselstücke und Tressen sind nach Rückkehr in den Standort sofort abzulegen. Als Gradabzeichen legen Offiziere und Unteroffiziere am linken Rockärmel dunkelblauen Tuchstreifen an. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Als Besatzstreifen der Mütze wird die Kokarde in Landesfarben getragen. Friedensorden werden im Dienst zur Uniform nicht getragen. Einen einseitigen Grußzwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht mehr. Dagegen besteht für beide die Pflicht, sich gegenseitig zu grüßen, wobei der jüngere und im Dienstgrade niedere dem älteren zuvorkommen muß. Die Grußpflicht ruht im Weichbild größerer Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten, wie innerhalb aller Menschenansammlungen. Das Frontmachen, Stillstehen und Vorbeigehen in grader Haltung sind abgeschafft.

Der Berliner Elektrizitätsstreik beendet.

Berlin, 22. Januar. Der gestern von den Arbeitern der Berliner Elektrizitätswerke vom Zaune gebrochene allgemeine Ausstand, der, wie bereits gemeldet, den gesamten Straßenbahnverkehr der Hauptstadt und die elektrische Beleuchtung der Reichshauptstadt außer Betrieb setzte, ist beendet. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen haben im Verlaufe des heutigen Tages das Ergebnis gezeitigt, daß sich die Arbeiterschaft bereit erklärte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Einigung kam allerdings erst dann zustande, als den Ausständigen ihre Forderungen zum allergrößten Teilen bewilligt worden waren. Heute abend konnten bereits einige Straßenbahn-Linien den Betrieb wieder aufnehmen. Ebenso ist die Lichtversorgung wieder im Gange. Für morgen früh wird die völlige Beseitigung der Verkehrshindernisse erwartet.

Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 22. Januar. Unruhestifter hatten sich in den Besitz mehrerer Polizeiwachen und des Gebäudes der Landherrenschaften gesetzt. Bis auf das Gebäude der Landherrenschaften ist alles wieder in den Besitz der Regierung gekommen. Der militärische Sicherheitsdienst, Sicherheitsdienst, der etwa achttausend Mann Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat, beabsichtigt mit aller Schärfe weitere Krawalle im Keime zu ersticken, um Vorkommnisse wie in Berlin zu verhindern.

Hamburg, 22. Januar. Im Seemannsbund zusammengeschlossene Seeleute sind heute vormittag zum Rathaus gezogen und haben durch eine Abordnung vom Arbeiterrat die Beseitigung der Seemannsordnung und Abänderung der zwischen der Organisation der Seeleute und den Reedern geschlossenen Tarife verlangt.

Hamburg, 22. Januar. Im Anschluß an die Arbeitslosen-Kundgebungen vor dem Gewerkschaftshaus begab sich eine große Menge Arbeitsloser, darunter bürgerliche Elemente, nach der Hafengegend, wo sie zwei Automobile der Sicherheitsmannschaft mit Maschinengewehren wegnahm und zwei Polizeiwachen stürmten. Es entspann sich eine Schießerei zwischen den Sicherheitsmannschaften und den Spartakisten, wobei ein Spartakist getötet wurde.

Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues.

Beuthen, 22. Januar. Die „Beuthener Zeitung" schreibt: Obgleich die Vertrauensleute gestern die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben, steht es keineswegs fest, daß sich die Masse der Bergarbeiter diesem Beschluß fügen wird und es wird abzuwarten sein, ob die streikenden Bergarbeiter heute die Arbeit wieder aufnehmen werden. In der Versammlung der Vertrauensleute ist mitgeteilt worden, die Regierung wolle die Bergwerke sozialisieren. In dieser Form dürfte das ein Irrtum sein. In der Verordnung der Regierung, betreffend die Bergwerksbetriebe ist ausdrücklich gesagt worden, daß die Regierung die Sozialisierung den kommenden gesetzlichen Körperschaften für das Reich bezw. Preußen überlassen wolle. Da aber weder die Nationalversammlung noch die Konstituante für Preußen berechtigt sein werden, Reichs- bezw. Landes-Gesetze zu erlassen, vielmehr sich auf die Festlegung der Grundgesetze zu beschränken haben, dürfte die Sozialisierung noch für längere Zeit hinausgeschoben sein.

Andauer des Streiks in Oberschlesien.

Königshütte, 22. Januar. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt: Die Lage im oberschlesischen Bergrevier ist heute ungefähr dieselbe wie gestern. Die streikenden Arbeiter sind der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen. In einzelnen Gruben wurde die Arbeit zwar wieder aufgenommen, dafür traten aber die gleiche Anzahl Gruben neu in den Ausstand. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt zirka 30 000 Mann.

Protest gegen die Lostrennung der Rheinpfalz von Bayern.

München, 22. Januar. Die bayerische Regierung wendet sich in einer energischen Erklärung gegen die Berliner Mitteilung, daß bei der Neueinteilung des Reiches die Rheinpfalz von Bayern losgetrennt werden solle. Die Regierung erklärt, daß darüber niemand etwas zu sagen habe, als das bayrische Volk selbst, das jede Einmischung ablehnen müßte. Bayern und die Pfalz seien seit mehr als einem Jahrhundert auf das engste verbunden und es bestehe nicht die geringste Neigung zu einer Trennung.

Die Lage in Polen.

Berlin, 22. Januar. Die Polen aus Kongreßpolen haben auf deutschem Gebiet eine deutsche zehnköpfige Feldwache entwaffnet und gefangen genommen. Auch bei den Kämpfen um Hohensalza sollen nach übereinstimmenden Meldungen Truppen aus Wloclawek (in Kongreßpolen) teilgenommen haben. In der Stadt Posen herrscht seit dem Eintreffen des Generals Dowbor-Musnitzki eine fieberhafte Ausbildungstätigkeit, die von polnischen Legionsoffizieren aus Warschau geleitet wird. In der Provinz Posen haben die Polen die zwangsweise Aushebung der Zwanzig bis Dreißigjährigen angeordnet. Gegenüber Lissa haben die Polen von Kankel aus neuerdings Gelände gewonnen.

Im Nordosten des Kreises Oletzko (Marggrabowa) werden auffällige Bewegungen beobachtet. Die Polen kommen zusammen, bilden Truppenkörper und exerzieren sie angeblich gegen die Bolschewisten ein. Wegen vorübergehenden Aufenthalts zahlreicher Polen in deutschen Grenzdörfern betrachtet man diese Bewegung mit Mißtrauen, da man andere Ziele dahinter vermutet.

Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben.
Von Gruß Schrill. (S. Keller.)
(Nachdruck verboten.)

(76. Fortsetzung.)

„Nun, Arbdschan, du kannst jetzt ruhig nach Hause gehen und der Muter sagen, ich würde gleich hinreiten zum Kara-Ali und es ihm bestellen.

Dieses Mamuldi liegt ja an die acht Werst von hier. Das ist zu weit für dich.

Ehe du hinkommst, ist es längst finster und du verirrst dich. Also das werde ich besorgen."

Damit ließ er den Gürtel fahren und der Gefangene entkam mit einem Satz.

Jetzt blieb er stehen, schaute ihn nachdenklich an und trollte dann ohne Gruß fort dem Dorfe zu.

Hannes aber ritt im Trabe zum Schulhof, wo die noch Versammelten ihn mit Fragen bestürmten.

„Sagt mir lieber, heißt der Wasserzieher in Mamuldi Kara-Ali?" rief er ihnen entgegen, während er schnell sein Pferd zu satteln begann.

„Ja, der heißt so! Das ist ein schwarzer Zigeuner von der schlimmsten Sorte!" antwortete jemand.

Andere setzten noch allerlei hinzu, aber Hannes hatte keine Zeit mehr zum Zuhören, denn es dunkelte bereits.

In wenig Minuten mußte es wieder ganz finster sein, und da kann sich jeder verirren.

So sprengte er dann bald wieder grüßend davon und schlug den Weg ein, auf dem er den Tatarenknaben gefangen hatte, obschon der gewöhnliche und nähere Weg nach Mamuldi weiter oben lag.

Es wurde wirklich dunkel, als er ungefähr die Hälfte des Weges zurückgelegt hatte, so daß er ungewiß war, was jetzt das beste sei —: hier in der Nähe des Weges sich auf die Lauer zu legen, oder aber weiter nach Mamuldi zu reiten.

Endlich ritt er dann weiter.

Finster wurde es, und bald sah er wieder nichts vom Wege; der Regen vom Tage hatte alle Spuren verwaschen und ließ jetzt alles gleichmäßig schwarz erscheinen: Straße und Ackerland.

Dann und wann hielt er sein Pferd an und lauschte hinaus in die Ferne.

Lange mochte er so geritten sein, daß es ihm schier zu lange deuchte, da strich er endlich ein Zündhölzchen an, um nach der Uhr zu sehen.

Was war das, hatte er sich versehen, die Uhr schien gleich elf zu sein? Da verglomm das Hölzchen ihm zwischen den Fingern, daß sie schmerzten.

Schnell flammte ein zweites auf.

Richtig, es ist elf Uhr.

Wie war das möglich? Sollte er jetzt gegen vier Stunden planlos umhergeirrt sein?

Gehört hatte er wohl oft davon, daß es bei finsterer Nacht oder im Nebel, oder bei Schneetreiben auf der Steppe vorkomme, daß jemand stundenlang auf einem nicht allzugroßen Feld in die Runde reite.

Darüber wollte er sich Aufklärung verschaffen.

Er riß ein Blatt Papier aus einem Notizbuch, stieg ab und legte es auf die Erde.

Ein feuchter Kloß mußte an einer Ecke es festhalten helfen. Dann ritt er weiter, ohne des Pferdes Zügel zu berühren.

Es dauerte eine ganze Weile — schon dachte er, es ist doch nichts mit diesem Merkzeichen — da, jetzt war es vor ihm! Richtig, er war im Kreise herumgeritten und die vielen Hufspuren, die er mit Hilfe des Zündhölzchens sah, rührten alle von seinem Pferde her.

Aergerlich riß er das Pferd herum und sprengte im rechten Winkel zur bisherigen Kreislinie davon.

Sein Pferd hob den feinen Kopf und übte dann selbst etwas Nachdruck auf den Zügel aus, so drängte es nach links.

Jetzt war er auf einer kleinen Anhöhe — dort blinkten einzelne Lichter im Tal vor ihm.

Das mußte ein Dorf sein.

Erst, wie er mitten drin war, erkannte er zu seiner Verwunderung dasselbe Dorf, das er abends verlassen hatte.

Was würden die Bauern nun sagen? Und mißmutig ritt er auf den Schulhof, warf seinem Pferde Heu vor und er selbst legte sich zwischen die Heuhaufen hin, um nicht eine Zielscheibe des Spottes zu werden, wenn irgend jemand erführe, wie es ihm gegangen.

Schlafen konnte Hannes nicht recht. Sein ganzes Leben erschien ihm im Lichte dieser letzten Erfahrung.

Es war, als sollte ihm nun einmal nichts glücken, was immer er anfing.

Da war das Testament vom Großvater gewesen — eine ganz klare Sache, und erst wollte Alfred es nicht auszahlen. Nachher, wo er sich so geändert hat und freundlich, ja brüderlich mit ihm gesprochen, wollte er gewiß, aber er konnte jetzt nicht, weil er selber in Not war.

Und das Testament ist verbrannt: weiß Gott, ob es jemals zur Auszahlung kommt!

Jetzt läuft die Zeit hin, und wer weiß, am Ende geht dem Mariele das bißchen Liebe auch aus, oder es kommen andere und freien um sie!

Wenn es doch jetzt mit dieser einen Sache mal glücken wollte, daß er die tausend Rubel verdienen könnte.

Plötzlich fuhr er empor, nachdem er eben etwas eingeschlafen war.

(Fortsetzung folgt.)

Sieben deutsche Geiseln von den Polen ermordet.

Berlin, 22. Januar. Soeben kommt die Kunde von einer neuen polnischen Untat. Wie wir von unterrichteter Seite hören, haben die Polen kürzlich sieben deutsche Geiseln, die sie festgenommen und im Gefängnis in Posen eingekerkert hatten, ohne jeden Rechtsgrund erschossen. Unter den Getöteten befindet sich der Rittergutsbesitzer von Haza-Radlitz, der bekanntlich im Jahre 1912 als deutscher Kandidat für den Reichstagswahlkreis Obornik-Samter-Birnbaum aufgestellt war. Die Leichen der Erschossenen wurden von den fanatischen Polen dann noch in grauenvoller Weise verstümmelt und geschändet.

Stillstand des polnischen Vormarsches.

Danzig, 22. Januar. Aus Thorn wird gemeldet: Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen polnischen Front zum Stehen gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg stecken geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht mehr bedroht. Der Druck des verstärkten und diesmal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Gegen die Abtretung Südtirols.

Innsbruck, 20. Januar. Die Tiroler Landesversammlung nahm zu Beginn ihrer heutigen Sitzung einen von allen Parteien eingebrachten Antrag einstimmig an, in dem es u. a. heißt: „Wir Tiroler erklären, daß wir unter gar keinen Bedingungen in die Abtretung des deutschen Südtirols einwilligen und lieber alle auch die schwersten Opfer bringen, bevor wir auf die Zusammengehörigkeit mit unseren Brüdern in Deutsch-Südtirol verzichten. Die Landesregierung wurde beauftragt in entschiedener Weise diesem Standpunkte Geltung zu verschaffen."

Die Stadt des Schreckens.

Haag, 22. Januar. Die „Times" meldet aus Warschau: Flüchtlinge aus Moskau berichten, daß die Hälfte der Bevölkerung zu Grunde gegangen ist. In der während des Abends herrschenden Finsternis stürze man auf den Straßen über die zahlreich umherliegenden Tierkadaver und Menschenleichen, unter denen sich aber auch noch lebende Menschen befinden, diese sind auf den Straßen verhungert oder krank zusammengebrochen. Die Geistlichen sitzen meist im Gefängnis, weil sie gegen Trotzki predigten. Die zur Hinrichtung Verurteilten werden zu großen Haufen zusammengetrieben und Mann für Mann durch den Kopf geschossen. Dann werden sie ihrer Kleider beraubt und in eine vor ihren Augen hergerichtete Grube geworfen.

Monarchistenputsch in Portugal.

Amsterdam, 22. Januar. Reuter meldet aus Vigo: Ein Telegramm von der portugiesischen Grenze teilt mit, daß eine monarchistische Bewegung in Oportu, Guimaraes und anderen Städten im Norden Portugals ausgebrochen ist. Paiva Conceiro soll sich selbst zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister ausgerufen haben.

Amsterdam, 22. Januar. Aus Lissabon wird gemeldet: Die Regierungstruppen haben die Beschießung auf Santarem eröffnet. Die Aufständigen sind aus dem Tale von Santarem vertrieben. In den übrigen Teilen des Landes ist es ruhig. Die Verbindung mit den mitteleuropäischen Ländern ist unterbrochen.

Sieg der monarchischen Bewegung in Portugal.

London, 21. Januar. Reuter meldet aus Madrid: Die spanische Regierung erhielt Nachricht aus Portugal, die besagt, daß die monarchistische Bewegung in Nordportugal den Sieg davongetragen hat. In Oporto wurde eine neue Regierung gebildet. Wie verlautet, wurde Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß Lissabon sich der Bewegung angeschlossen habe.

* * *

Die Demokratische Partei als Hilfstruppe der Sozialdemokratie.

Die Demokratische Partei lehnte fast allenthalben jede Listenverbindung mit den bürgerlichen Parteien ab, weil sie fürchtete, daß dadurch der Sozialdemokratie Sitze entrissen werden könnten. Das wird ganz offen ausgesprochen, ebenso auch, daß die Sozialdemokraten der Gefolgschaft der Demokratischen Partei auch bei den preußischen Wahlen sicher sind. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb über die Wahlen in Baden: „Die Mehrheitssozialisten haben für sich allein nur eine Minderheit erlangen können. Erst wenn die 24 Demokraten hinzukommen, ergibt sich eine arbeitsfähige Mehrheit der Linken, und diese Linke ist in sich gefestigter und einheitlicher und darum arbeitsfähiger, als es die Linke des alten Landtages war". — Der erste Kandidat der demokratischen Liste in Köln, Justizrat Falk, erklärte: „Die Demokratische Partei wird in politischen und kulturellen Fragen mit der Sozialdemokratie zusammengehen." — In Pommern erklärte der demokratische Parteisekretär Zimmermann: „Die Demokratische Partei erkenne das Programm der Sozialdemokratie für sich an, insbesondere erkläre sie ihr Einverständnis mit den sozialdemokratischen Plänen auf dem Gebiete der Kirche und Schule".

Werbt Wähler

für die

Deutschnationale Volkspartei

Die Kandidaten der **Deutschnationalen Volkspartei** sind:

1. Dr. Wilhelm Kähler, Universitäts-Professor, Greifswald
2. Paul Witt, Bauerhofbesitzer, Wobbermin, Kreis Pyritz.
3. Ernst Mentzel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12.
4. Otto Schmidt, Eisenbahnobersekretär, Stettin, Derfflingerstraße 20.
5. Walther Graef, Zeitungsverleger, Anklam.
6. Dr. Hermann Nollau, Regierungsrat, Köslin.
7. Emil Isenhagen, Seminarlehrer, Cammin i. Pom.
8. Frau Rittergutsbesitzer Ursula Koenigs, Lebehn Kr. Randow.
9. Karl Stein, Pastor, Lancken-Granitz auf Rügen.
10. Wilhelm von Alten, Rittergutsbesitzer, Haseleu Kr. Regenwalde.
11. Wilhelm Lichten, Monteur, Stettin Langestr 25a.
12. Dr. Alfred-Gottlob Krüger, prakt. Arzt, Neustettin.
13. Gertrud Hoppe, Vorsitzende der Ortsgruppe Stettin des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, Stettin Kronenhofstr. 19.
14. Wilhelm Dunker, Handlungshehilfe, Stettin Scharnhorststr. 4.
15. August Schrade, Schuhmachermeister, Stettin Bismarckstr. 26.
16. Frau Bürgermeister Margarete Mittenzwey, Lauenburg Pom.
17. Wilhelm Reinert, Kantor, Wusterhusen Kr. Greifswald.

Die Liste beginnt mit dem Namen

Dr. Wilhelm Kähler,

Universitätsprofessor, Greifswald.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 23. Januar 1919.

Zum 24. Januar: Sonnenaufgang 7,57. Sonnenuntergang 4,28. Mondaufgang 1,07. Monduntergang 10,26.

— **Ein Gruß an Kaiser Wilhelm.** Der „Reichsbote" sammelt Unterschriften für eine Geburtstagsadresse an Kaiser Wilhelm 2. Deutsche Männer und Frauen, die den Kaiser durch ein Zeichen ihrer Ehrerbietung und Dankbarkeit erfreuen wollen, werden gebeten, ihre Namen sofort in die Listen einzutragen, die in den Buchhandlungen Hoffmann und Ludwig, in den Geschäften G. Moutoux, Julius Schrader und Wilhelm Werner, sowie in der Geschäftsstelle des „Kösliner Volksblattes" bis Sonnabend, den 25. Januar, mittags 1 Uhr, ausliegen.

— **Wahlvorträge.** Wegen Behinderung der Redner haben der Deutschnationale Verein und der Demokratische Verein die Tage für die nächsten Versammlungen ausgetauscht. Am Freitag findet bei Zels keine Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins statt. Es spricht dort im demokratischen Verein Direktor Oeser Stettin. — Am Sonnabend dagegen spricht im Deutschnationalen Volksverein Zeitungsverleger Graef-Anklam. Näheres ergeben die Anzeigen der beiden Vereine.

— **Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt.** Nach einer Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 27. November 1918 sind alle Arbeitgeber verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Ebenso sind nach der Verordnung vom 4. Januar 1919 Arbeitgeber, die Arbeiter entlassen, verpflichtet, die Anzahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter, sobald die Kündigung erfolgt, dem zuständigen Arbeitsnachweise anzuzeigen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich alle Arbeitgeber strengstens an diese Verordnung halten. Der unter den gegenwärtigen Verhältnissen an sich ungeheuer schwierige Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt muß vollständig versagen, wenn den Arbeitsnachweisen nicht ein möglichst lückenloses Material über die offenen Stellen, wie über die auf den Markt kommenden Arbeitskräfte zur Verfügung steht. Auch eine ordnungsmäßige Durchführung der Arbeitslosen-Fürsorgle, deren Lasten die Allgemeinheit zu tragen hat, ist ohne diese Voraussetzung völlig unmöglich.

— **Offizierstellvertreter werden als Vizefeldwebel oder Feldwebel entlassen.** Eine Verordnung des Kriegsministeriums besagt: Die Offizierstellvertreter behalten während und nach der Demobilmachung ihre Abzeichen und dienstliche Stellung zunächst bei. Der Rücktritt der Offizierstellvertreter bei der Entlassung erfolgt als Vizefeldwebel (Vizewachtmeister) oder als Feldwebel (Wachtmeister), wenn letzterer Dienstgrad bereits vorher erreicht war. Nach der Demobilmachung erhalten die Offizierstellvertreter die Gebührnisse ihres Dienstgrades als Vizefeldwebel oder Feldwebel.

— **Kolberg. Stadtverordnetenversammlung.** Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Einrichtung einer Auskunftsstelle für die rund 700 Kriegsbeschädigten am Orte. Um den vielen Arbeitslosen, deren Kolberg bereits annähernd 400 zählt, günstige Gelegenheit für Arbeitsnachweisung zu schaffen, wird ein paritätischer Arbeitsnachweis geschaffen, der die Vermittlung kostenlos und völlig objektiv führen wird. — **Schulnachrichten.** Als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Musikdirektors Springer ist der Lehrer an der hiesigen Mittelschule Artur Renn zum Gesanglehrer am Dom- und Realgymnasium berufen worden.

— **Rügenwalde. Der Kohlenmangel,** dieser schreckliche Zustand, macht sich jetzt auch hier unangenehm bemerkbar. Von Mittwoch ab ist die Gasanstalt vollständig stillgelegt, sodaß dieser kostbare Stoff weder zum Licht- noch zum Kochen oder Gewerbebetrieb zu haben ist. Wie lange die Kalamität, welche fast die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht, dauern kann, ist leider vorläufig garnicht abzusehen.

Vermischtes.

— **Liebesdrama in Dortmund.** Ein Liebesdrama, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich Montag nachmittag in Dortmund abgespielt. Dort erschoß der 33-jährige Adolf Schüler, anscheinend aus Eifersucht, seine frühere Geliebte, ein Fräulein Meyer und deren Bräutigam, den Anstreicher Heinrich Finger. Müller flüchtete nach der Tat und brachte sich auf der Straße einen Schuß in die rechte Schläfe bei, der seinen Tod zur Folge hatte. Wie es heißt, hatte das Brautpaar die Absicht gehabt, sich zum Standesamt zu begeben.

— **Der Wiederaufbau von Reims.** Die Munizipalität von Reims hat, wie „Le Journal" berichtet, jetzt den Wiederaufbau der Stadt Reims beschlossen. Und zwar soll die architektonisch wertvolle Innenstadt einschließlich des Rathauses und der Kathedrale nach dem früheren Plan wieder aufgebaut werden. Doch sollen die Bildhauerarbeiten an der Kathedrale „zum Andenken an die deutschen Verbrechen" im jetzigen Zustand bleiben. Die Außenviertel von Reims dagegen sollen in einer modernen und hygienischen Form aufgebaut werden. Die Kosten werden auf 5 Milliarden veranschlagt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Lipski, für den Anzeigenteil: Max Spang. Druck und Verlag der Fürstentumer Zeitung, A.-G. Sämtlich in Köslin.

Achtung!

Bürger, Bauer, Deputant,
Arbeiter in Stadt und Land,
Hör nur achtsam und fein still,
Was der Bruder Sozi will:
In der „Rundschau" ist zu lesen,
Daß so freundlich man gewesen,
Dir demnächst durch Staatserlaß,
Auszuräumen Spind und Faß.
Nur zum **Henkersmahl** zwei Pfund
Fleisch sind Dir belassen rund,
Daß die **Bettelsuppe** nicht fehl,
Auch ein Pfündchen Grütz und Mehl.
So wird alles rationiert,
Brüderlich und ungeniert,
Weil der Bruder Spartakus,
Das doch wirklich haben muß.
Munter stopft man ihm den Hals,
Mit des Bauern Fleisch und Schmalz,
Guter Michel, nimm's nicht übel,
Nimmt man Dir noch Salz und Zwiebel.
Wen es aber doch verdrießt,
Daß, was sein, man nicht genießt,
Wem dies Stück doch geht zu weit,
Halt am Sonntag sich bereit,
Wähle flugs: Deutschnational,
Mann und Frau in voller Zahl,
Wilhelm Kähler heißt der Mann,
Der allein Dich retten kann.
Scherzhaft hab' ich Euchs gesagt,
Weil dies Stück mir best behagt.
Wahr bleibt doch der alte Spruch,
Michel hört ihn nie genug:
Nur die aller größten Kälber,
Wählen ihre Metzger selber.

Wir nehmen Dienstag, den 28. Januar, auf Bahnhof Hohenfelde

Ferkel

im Gewicht von 15 bis 50 Pfund ab.

Köslinger Viehverwertungs-Genossenschaft.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 16. Januar 1919 wird darauf hingewiesen, daß nur drei Pferde des Pferdehändlers Ernst Tiede an Räude erkrankt sind. Diese sind Wilhelmstraße 4 untergestellt.

Köslin, den 22 Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.
Dr. Pusch.

Bekanntmachung.

Es sind Typhuserkrankungen durch den Genuß von Milch hervorgerufen. Die Bevölkerung wird deshalb **dringend** vor dem Genusse **ungekochter** Milch gewarnt.

Köslin, den 20. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.
Dr. Pusch.

Holzverteilung

am Freitag, dem 24. Januar,
von 9–10 Uhr Grünstraße,
10–11 „ Grüner Weg und Gerverstraße,
11–12 „ Gohrbander Weg.

Köslin, den 23. Januar 1919.

Der Magistrat.

Billiges Brennholz.

Stelle von heute ab 3–400 rm Kief. Knüppelholz zum Verkauf., p. rm 14,00 M. ab Kleinbahnhof bei Abnahme von 20 rm, 1 Waggon, solange der Vorrat reicht (ohne Kohlenkarte).

W. Rau, am Kleinbahnhof,
Teleph. 406.

Einfamilienhaus

von 8–9 Zimmern mit reichlichem Zubehör, in guter Gegend gelegen, zum 1. April resp. 1. Juli d. Js. zu mieten oder kaufen gesucht. Angebote unter J. 115 an die Geschäftsstelle des Köslin. Volksbl.

Landwirtschaft

zu kaufen gesucht, ca. 50 Morgen mit gutem Viehbestand, bei hoher Anzahlung. Off. u. V. C. 416 bef. **Rudolf Mosse, Berlin C,** Königstr. 56.

Hypotheken,

mehrere in verschiedener Höhe, sind alsbald, auch zum 1. April, als sichere Hypotheken auszuleihen.

Reg.-Sekr. a. D. **Karl Schulz,**
Publizerstr. 23.

Bin an das Fernsprech-Netz unter

Nr. 502

angeschlossen.

Kurt Modigell,
Maler, Tapeten- u. Farbengeschäft.
Bergstraße 30.

F. Carus,

Böttchermeister — Wilhelmstr. 13.
Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich aus dem Heeresdienste entlassen bin und meine

Böttcherei

wieder in Betrieb gesetzt habe.

3 Tambour, 5 Zuchtgänse gestohlen!

Vor Ankauf wird gewarnt.

E. Frank, Mühlenbesitzer,
Bast

Vollgatter 60-80 ger.

zu kaufen gesucht.

Otto Pagel, Maschinenwerk,
Greifenberg i. Pomm.

Auf Dom Gieskow bei Köslin steht der braune belgische Hengst

„Egmont"

und deckt gesunde, fremde Stuten. Deckzeit nur vormittags. Deckgeld 20 M. und 2 M. Stallgeld.

Piano

oder Stutzflügel kauft

Küter, Venetorstr. 52.

Viola (Bratsche) und gute alte Geige

zu verkaufen. Offerten unter M. 118 an diese Zeitung.

Vogelfutter 1 a.

verkauft

Conradt, Schloßstr. 12.

M. 8000

z. 2. Stelle auf Hypothek z. 1. April gesucht. Näheres bei

Julius Schrader, Bankgeschäft.

Ich bin in die Liste der beim hiesigen Amtsgericht und Landgericht zugelassenen Rechtsanwälte eingetragen.
Meine Geschäftsräume befinden sich

Bergstraße 19, 1 Tr.

Geschäftsstunden: 8–1, 3–6.

Dörfer,

Rechtsanwalt,
früher Grimmen (Vorpommern).

Große runde Feldsteine

und

geschlagene Pflastersteine

in großen und kleinen Posten, franko meiner Schneidemühle in der Buchwaldstraße geliefert, kauft

A. Treptow.

Aeltere erfahrene

Maschinenschlosser

für Montage und Werkstatt sucht **Otto Pagel,** Greifenberg i. Pom.

Tüchtiges

Hausmädchen

für sofort nach Danzig gesucht.
Meldungen vormittags u. abends nach 7 Uhr bei
Frau Ziegeleibesitzer **Kersten,**
Buchwaldstr. 33 a.

Zum 1. April

Tagelöhnerfamilie mit Hofgänger

gesucht.

Friedländer, Schulzenhagen A,
Post Timmenhagen.

Erdarbeiter

f. d. Datjower Seegelände sof. ges.
Aug. Brodowske, Köslin.

Eine

Kinderbadewanne

zu verkaufen Karlstr. 24, 1 Tr.

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde.

Freitag abend Gottesdienst 5.00

Köslinger Veranstaltungen.

Donnerstag, den 23. Januar 1919.
Turnverein Köslin E. V., Hauptversammlung abends 8½ Uhr in Zels' Festsälen, Grünstraße.

Anzeigen aus Zanow.

Zanow, den 20. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Das von der Einquartierungskommission berichtigte Einquartierungskataster liegt in der Zeit vom 1.–20. Februar d. Js. in unserem Büro zur Einsicht der Beteiligten aus. Einsprüche gegen die Verteilung der Quartierlast sind innerhalb obiger Frist bei uns anzubringen.

Der Magistrat.

Es starben den Heldentod für Kaiser und Reich

1. aus dem Gutsbezirk Parsow:

Musketier Karl Timm 1
Inf.-Regt. 54, gefallen 27. 11. 14;

Musketier Otto Scheibe
Inf.-Regt. 161, gestorben im Lazarett 30. 9. 18;

Musketier Albert Timm 1
Res.-Inf.-Regt. 216, gefallen 2. 3. 15;

Musketier Hermann Timm 2
Res.-Inf.-Regt. 216, gefallen 20. 6. 17;

Musketier Paul Knop
Inf.-Regt. 209, gefallen 9. 4. 15;

Kanonier Otto Vick
Flak-Bat. 716, gefallen 8. 8. 18;

2. aus dem Gutsbezirk Schwemmin:

Musketier Willi Verse
Inf. Regt. 34, gefallen 2. 12. 14;

Musketier Otto Lüdtke
Landw.-Inf.-Regt. 34, gefallen 31. 7. 15;

Musketier Otto Hahn
Inf.-Regt. 149, gefallen 30. 10. 15;

Feldwebel Oskar Kuhr
Inf.-Regt. 216, gefallen 23. 10. 16;

Musketier Ernst Behling
Inf.-Regt. 449, gestorben im Lazarett 3. 6. 17;

Feldwebel Fritz Potratz
Inf.-Regt. 153, gefallen 11. 4. 18;

Kanonier Emil Hinz
Feld-Art.-Regt. 503, gefallen 18. 5. 18;

Schütze Arnold Holz
Inf.-Regt. 449, gefallen 29. 4. 18;

Musketier Erich Behling
Res.-Inf.-Regt. 211, gefallen 19. 7. 18;

Sanitäts-Unteroffizier Albert Müller
Garde-Füsilier-Regt., gefallen 19. 7. 18;

Kanonier Hermann Vierkant
Feld-Art.-Regt. 46, gefallen 18. 9. 18;

Landsturmmann Karl Villwock
Landst.-Inf.-Batl. 1853, gestorben im Lazarett 28. 11. 18;

Musketier Otto Behling
Inf.-Regt. 34, vermißt 27. 2. 15;

Musketier Hellmuth Manzke
Inf.-Regt. 54, vermißt 27. 2. 15;

3. vom Stadtgut Köslin (Pers.):

Landsturmann Anton Hackbarth
gefallen 9. 5. 17.

Getreu ihrem Fahneneid und im Glauben an den Sieg zogen sie mutig in den schweren Kampf, die teure Heimaterde zu schützen. Des Vaterlandes größte Schmach, des deutschen Volkes tiefen Fall zu sehen, blieb ihnen erspart. Voll wehmütigen Dankes, in stolzer Trauer wird die alte Heimat dieser pommerschen Helden stets gedenken.

Parsow, im Januar 1919.

von Gerlach-Parsow,
Rittergutsbesitzer, Rittm. d. Res.

Deutsche demokratische Partei.
Oeffentliche Versammlung

am Freitag, dem 24. Januar, abends 8 Uhr bei Zels (Festsäle).

Bisheriger Landtagsabgeordneter Oeser aus Stettin
(Kandidat für die preußische Landesversammlung)
spricht über:

Die Wahl zur preußischen Landesversammlung.

Männer und Frauen aus Stadt und Land, kommt in Massen!

Demokratischer Verein Köslin.
H. Kasten, Vorsitzender.

Die Deutsche Volkspartei
wählt
Professor
Dr. Thaer-Greifswald

Stimmzettel im Partei-Büro, Bergstraße.

Die Liste der
Deutschnationalen Volkspartei
beginnt mit den Namen:

Dr. Kähler, Universitäts-Professor,
Paul Witt, Bauerhofsbesitzer.

Wählt am 26. Januar zur preußischen Landesversammlung
die Kandidaten der
Deutschnationalen Volkspartei.

1. Dr. Wilhelm Kähler, Universitäts-Professor, Greifswald.
2. Paul Witt, Bauerhofsbesitzer, Wobbermin Kr. Pyritz.
3. Ernst Mentzel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstr. 12.
4. Oto Schmidt, Eisenbahnobersekretär, Stettin Derfflingerstraße 20.
5. Walther Graef, Zeitungsverleger, Anklam.
6. Dr. Hermann Nollau, Regierungsrat, Köslin.
7. Emil Isenhagen, Seminarlehrer, Cammin i. Pom.
8. Frau Rittergutsbesitzer Ursula Koenigs, Lebehn Kr. Randow.
9. Karl Stein, Pastor, Lancken-Granitz auf Rügen.
10. Wilhelm von Alten, Rittergutsbesitzer, Haseleu Kr. Regenwalde
11. Wilhelm Lichten, Monteur, Stettin Langestr. 25a.
12. Dr. Alfred-Gottlob Krüger, prakt. Arzt, Neustettin.
13. Gertrud Hoppe, Vorsitzende der Ortsgruppe Stettin des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, Stettin Kronenhoistr. 19.
14. Wilhelm Dunker, Handlungsgehilfe, Stettin Scharnhorststr. 4.
15. August Schrade, Schuhmachermeister, Stettin Bismarckstr. 26.
16. Frau Bürgermeister Margarete Mittenzwey, Lauenburg Pom.
17. Wilhelm Reinert, Kantor, Wusterhusen Kr. Greifswald.

Es geht um Preußen!

Deutschnationale Volkspartei.

Die Versammlung bei Zels (Grünstraße) findet am Freitag **nicht** statt.

Sonnabend, am 25. Januar 1919, abends 8 Uhr

Oeffentliche Versammlung
bei Zels (Festsäle, Grünstraße).

Redner:
Landtagsabgeordneter Zeitungsverleger Walther Graef-Anklam über:
„Die Wahl zur preußischen Landesversammlung".

Männer und Frauen aus Stadt und Land Köslin sind herzlich eingeladen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke, Vorsitzender.

Pommersche Zentrumsliste
für die Wahlen am 26. Januar 1919.

1. **Dekan Dr. Paul Borschti in Lauenburg Pom.**
2. Seefahrtschullehrer Johann Bolwin in Stralsund.
3. Oberpostschaffner Emil Karpinski in Lauenburg Pom.
4. Buchhalterin Anna Borkowsky in Köslin.
5. Werkführer Peter Marchewicz in Neustettin.
6. Zuschneider Josef Oesner in Stargard Pom.
7. Kaufmann Otto Arendt in Kolberg.
8. Kaufmann Paul Hillebrand in Stolp Pom.
9. Oberbahnhofsvorsteher Albert Schroeter in Köslin.
10. Pfarrer Robert Grelich in Greifswald.
11. Schuhmacher Fritz Barz in Rummelsburg Pom.
12. Lehrer Paul Scholz in Stargard Pom.
13. Pfarrer Dr. Ferdinand Piontek in Köslin.
14. Unterzahlmeister Otto Fresen in Stralsund.
15. Lehrerin Martha Boecker in Stralsund.
16. Frau Elisabeth Roechling in Ribbekardt bei Greifenberg Pom.
17. Steuerinspektor Wilhelm Schütter in Stargard Pom.

Stimmzettel sind in Köslin im Käuferschen Laden, Schulstr. 8—10, zu bekommen. Auswärtige mögen bei Fräulein Anna Borkowsky-Köslin, Gr. Baustraße 8, bestellen. Wer nicht rechtzeitig einen gedruckten Stimmzettel bekommen hat, nehme ein weißes Stück Papier (etwa 9 zu 12 Zentimeter) und schreibe darauf **nur** den ersten der obigen 17 Namen.

Deutsche Volkspartei.

An unsere Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land! Der erste Schlag ist getan! Ein Volkspartei er aus Pommern ist für die Deutsche Nationalversammlung gewählt!

Jetzt gilt es unsere Vertreter in die preußische Nationalversammlung zu senden.

Auf zur Wahl!

Gebt Eure Stimme ab für die Liste

Professor Dr. Thaer-Greifswald!

Es gilt für Freiheit und Vaterland!

Der nationalliberale Wahlverein Köslin.
Reinfeld-Konikow. Dr. Brummund-Köslin.
Justizrat Sachse. Frau Hebert. Studienrat Labs. Justizrat Timm.
Manke-Schwessin. Grün-Neuenhagen.

Glüh- und Rumpunsch-Extrakte
für alkoholfreie Heißgetränke
p. Flasche 3.50 Mk. ohne Glas
empfiehlt
Eduard Laabs.

Deutsche Volkspartei.
Oeffentliche Versammlung

in Zuchen bei Gastwirt Schlage
am Freitag, dem 24. Januar, abends 7 Uhr.

Deutsche Volkspartei Köslin.
Justizrat Sachse.

Deutsche Volkspartei.

Sonnabend abend 8 Uhr im großen Saale bei Lüdtke

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung;

Die Wahl zur Landesversammlung.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht.
Wähler und Anhänger der Partei sind herzlich geladen.

Nationalliberaler Verein Köslin.

Die Kandidaten der
Sozialdemokratischen Partei
Richtung: Ebert-Scheidemann
zur preußischen Landesversammlung sind!

1. **Fritz Herbert**, Redakteur, Stettin.
2. **Teodor Hartwig**, Parteisekretär, Stettin.
3. **Wilhelm Pargmann**, Geschäftsführer, Ahlbeck.
4. **Gustav Schumann**, Redakteur, Stettin.
5. **Wilhelm Schauer**, Gewerkschaftsangestellter, Stettin.
6. **Adolf Decker**, Arbeitersekretär, Stettin.
7. **Emil Baumann**, Geschäftsführer, Köslin.
8. **Richard Milenz**, Lagerhalter, Stettin.
9. **Wilhelm Goebel**, Arbeitersekretär, Stralsund.
10. **Pauline Stubbe**, Hausfrau, Torgelow.
11. **Richard Falkenberg**, Gewerkschaftsbeamter, Stettin
12. **Richard Ostwald**, Tapezier, Kolberg.
13. **Wilhelm Dressel**, Schlosser, Stargard i. Pom.
14. **Wilhelm Hoffmann**, Lagerhalter, Neustettin.
15. **Paul Freyer**, Kassenführer, Stralsund.
16. **Franz Scharkowsky**, Maschinenschlosser, Stolp i. Pom.
17. **Amalie Vollerthum**, Hausfrau, Stettin.

Der sozialdemokratische Stimmzettel trägt nur den einen Namen:

Fritz Herbert, Redakteur,
Stettin, Schillerstr. 10.

Wer Flugblätter und Stimmzettel wünscht, wende sich an den Unterzeichneten.

Landleute! Arbeiter! Bürger!

Helft mit, den großen Erfolg auszubauen, den uns der 19. Januar gebracht hat.

Der sozialdemokratische Wahlausschuß für Köslin u. Umgegend.
P. Grünewald,
Köslin, Gewerkschaftshaus, Telephon 319.

Zur Aufklärung!

Zur gestrigen Bekanntmachung der Polizeiverwaltung bemerke ich, daß unter meinem Pferdebestande nur **drei** Tiere vom Kreis-Tierarzt als räudeverdächtig bezeichnet worden sind, **nicht** aber sämtliche Pferde, und daß die unter Verdacht stehenden Pferde in besonderen Stallungen in der Wilhelmstraße, die gesunden Pferde dagegen in Stallungen des Hotels „Pommerscher Hof", Neuetorstraße, untergebracht sind. Mein Geschäftsbetrieb wird also in keiner Weise gestört, noch sind die gesunden Pferde einer Ansteckung ausgesetzt.

Tiede, Pferdehändler,
Wilhelmstraße.

Verein „selbständiger Gewerbetreibender".

Sonnabend, den 25. Januar, bei Nowak um 8 Uhr abends

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Verschiedene Wahlen.
2. Verteilung der Rohstoffe.
3. Bericht über erlangte Rohstoffe in Stettin.
4. Wichtige Besprechungen.

Die Mitglieder bitte vollzählig zu erscheinen.
Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Gegen Abgabe von Zucker liefere in kürzester Zeit
Pralinee und andere Süßigkeiten.
Max Hollert, Konditor, Alte Bahnhofstr. 1

Daselbst eine
Gasstehlampe (Messing) nebst Gasschlauch (1,90 Meter) und ein Paar lange Extrastiefel (Größe 40)
zu verkaufen.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich mein
Pantoffel-Geschäft
von heute ab
Wallstraße 2 (Ecke Regierungsstr.) befindet.
E. Marx
(früher Lazarettstraße 7).